

Hinterwäldler? In der Gemeinde Wald reden alle mit!

In Wald AR wurde 1999 das Stimm- und Wahlrecht für ausländische Staatsangehörige auf kommunaler Ebene eingeführt. Die moderne Kantonsverfassung Appenzell Ausserrhoden ermöglicht dies seit 1995. Im Gegensatz zur Aussenwahrnehmung sorgte dieser Entscheid im 900 Einwohner zählenden Dorf kaum für Aufregung. Die bisherigen Erfahrungen können als uneingeschränkt gut bezeichnet werden. Integration setzt offensichtlich von beiden beteiligten Seiten eine Veränderungsbereitschaft voraus und kann von «Oben» ermöglicht, muss aber von «Unten» realisiert werden.

34 Als die kleine 900-Seelen-Gemeinde Wald in Appenzell Ausserrhoden 1999 an der Urne entschieden hatte, ihren ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern das Stimm- und Wahlrecht zu gewähren, führte dies zu einem grossen Medien-echo im In- und Ausland. Nicht nur der Inhalt der Nachricht erstaunte. Auch der Absender verblüffte: 9044 Wald, Kanton Appenzell Ausserrhoden.

Für weniger Aufregung hatte 1995 die Information gesorgt, dass sich das, zu den am frühesten industrialisierten Kantonen zählende Appenzell Ausserrhoden eine sehr fortschrittliche neue Verfassung gegeben hatte. Darin wurde unter anderem das Recht der Gemeinden festgeschrieben, auf kommunaler Ebene denjenigen Einwohnerinnen und Einwohnern das Stimm- und Wahlrecht zu gewähren, die bereits zehn Jahre in der Schweiz und fünf Jahre im Kanton Appenzell Ausserrhoden leben. Dieser politische Integrationsschritt wurde damit von Seiten des Kantons nicht verfügt, aber ausdrücklich ermöglicht. Obwohl sich damit im konkreten Alltag noch gar nichts verändert hatte, war der Kanton mit seinem Bekenntnis zur Offenheit gegenüber hier wohnhaften Ausländerinnen und Ausländern doch ein etwas anderer, ein offenerer geworden.

Traditionsbewusst und doch weltoffen

1997 forderte der Gemeinderat in Wald die Bevölkerung auf, sich an einer Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Gemeindeordnung zu beteiligen. In der kleinen Dorfgemeinschaft war die Integration von neu zugezogenen Schweizerinnen und Schweizern zu diesem Zeitpunkt bereits Tatsache, zugleich aber auch fortbestehende Aufgabe. In den Jahren vor dem Urnenentscheid über die Erteilung des Stimm- und Wahlrechtes an ausländische Staatsangehörige musste ein Integrationsprozess unter Schweizerinnen und Schweizern vollzogen werden. Wichtiger Teil dieses Prozesses war die Entwicklung des Bewusstseins, dass sich Traditionsverbundenheit und Weltoffenheit im Selbstverständnis der kleinen Dorfgemeinschaft nicht zu widersprechen brauchen, sondern ergänzen können. Es ist nicht zu leugnen, dass man sich erst nach einem Kräfte zehrenden Gegeneinander schliesslich zu einem Miteinander durchgerungen hat. Herausforderungen, die sich einer kleinen

Gemeinde stellen, wie das Erlangen eines Finanz- und Haushaltgleichgewichtes, der Erhalt der Infrastruktur, die Organisation einer effizienten Gemeindeverwaltung etc., sorgten dabei für einen gewissen Kooperationsdruck. So ist man in Wald stets froh, wenn alle Ämter in der Gemeinde besetzt werden können. Die Bereitschaft, einen kaum entschädigten Beitrag für die Gemeinde zu leisten, ist keine Selbstverständlichkeit mehr.

In der Gruppe zur Überarbeitung der Gemeindeordnung waren sowohl in Wald geborene, als auch zugezogene Personen vertreten, aber keine Parteien. Dies schlicht deshalb, weil in Wald gar keine Parteien aktiv sind. Alle Mitglieder des siebenköpfigen Gemeinderates, in dem übrigens die Frauen die Mehrheit haben, sind parteiunabhängig. 1999 schloss die Arbeitsgruppe ihre Aktivitäten ab. Der Gemeinderat unterbreitete den Entwurf der Volksdiskussion. Die Volksdiskussion ist eine in der Verfassung und der Gemeindeordnung verankerte, alte Appenzeller Tradition. Sie besagt, dass alle wichtigen Angelegenheiten vor der Abstimmung dem Volk zur Diskussion vorgelegt werden müssen. Nach kritischen Rückmeldungen entschied sich damals der Gemeinderat, beispielsweise die Einbürgerungskompetenz nicht an den Gemeinderat zu delegieren und bei den Stimmberechtigten zu belassen. Das Stimm- und Wahlrecht für ausländische Staatsangehörige wurde jedoch in dem zur Abstimmung unterbreiteten Vorschlag belassen. Am 12. Dezember 1999, nach zweijähriger Vorbereitung und der Volksdiskussion, gelangte die überarbeitete Gemeindeordnung dann zur Abstimmung. Mit einem wuchtigen Ja von 185 zu 74 Stimmen wurde die neue Gemeindeordnung von den Stimmberechtigten angenommen.

Nach dem Ja kamen die Medien

Während das Ergebnis im Dorf sehr gelassen zur Kenntnis genommen wurde, führte die in der Neuen Zürcher Zeitung publizierte kleine Nachricht beispielsweise zu Gratulationen des Kantons Genf, aber auch zu Anfragen und Besuchen von Journalisten aus dem In- und Ausland. Eine Diskussion mit den Zürcher Jung-Sozialisten zeigte, um wie viel schwieriger Integration dort zu realisieren ist, wo es nicht um einzelne Personen, sondern um viele, in einer Kategorie als «Ausländer» zusammengefasste Menschen geht. Was im Dorf möglich ist, kann in der Stadt eine Herkules-Aufgabe darstellen. Integration

C'est précisément Wald, un petit village dans le canton d'Appenzell AR, qui introduisit en 1999 le droit de vote et d'éligibilité au niveau communal des personnes d'origine étrangère et suscita un grand intérêt tant à l'échelon national qu'international. La décision communale de faire participer les étrangers a été rendue possible par la nouvelle constitution progressiste du canton d'Appenzell AR de 1995. Il est vrai que l'intégration au village d'un grand nombre de nouveaux venus au cours de ces dernières années a créé une excellente base pour l'intégration des étrangers dans cette localité.

kann von «Oben» wohl ermöglicht, muss aber von «Unten» verwirklicht werden. Etwas irritiert mussten Journalistinnen und Journalisten, die Wald besuchten, zur Kenntnis nehmen, dass das Ereignis im Dorf selber kaum zu reden gab.

Diese unaufgeregte Haltung wurde auch nicht aufgegeben, als im Jahre 2002 mit Max Schindler ein Holländer in den Gemeinderat gewählt wurde. In Wald war er eben zuerst Max, dessen Kinder im Dorf zur Schule gehen, der das gleiche Wasser trinkt und sich mit den gleichen täglichen Problemen auseinanderzusetzen hat wie die Nachbarn. Für die Wahl in den Gemeinderat unerheblich war daher seine holländische Staatsangehörigkeit.

Die auf Personen und Fakten beruhende Wahrnehmung, die wenig von Verallgemeinerungen und Parteilogans bestimmt wird, trägt mit Bestimmtheit dazu bei, Integration zu begünstigen. In den letzten Jahren haben rund ein Dutzend Ausländerinnen und Ausländer, die die formalen Kriterien erfüllen, in Wald das Stimm- und Wahlrecht beantragt. Das Abstimmungsverhalten der aus Australien, Serbien, Holland, Kroatien, Österreich, Deutschland und Schottland stammenden Wäldler Einwohnerinnen und Einwohner führte zu keinem erkennbaren Einfluss auf die Wahl- und Abstimmungsergebnisse. In den letzten Jahren wurde das Stimm- und Wahlrecht für ausländische Staatsangehörige erfreulicherweise auch in den benachbarten Gemeinden Speicher und Trogen eingeführt.

Die Möglichkeit zur politischen Teilnahme und Teilhabe auf kommunaler Ebene beeinflusst die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich: Sie können nun dort, wo sie wohnen und Steuern bezahlen, auch mitbestimmen.

Jakob Egli leitet die Institution «Chupferhamme», die Menschen mit geistiger Behinderung dezentrale Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten anbietet. Seit 1997 wohnt er in Wald AR, 1997 bis 1999 hat er in der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Gemeindeordnung mitgearbeitet. Seit 2001 ist er nebenamtlicher Gemeindepräsident von Wald.